

10.11.2023

Kleine Anfrage 2877

der Abgeordneten Wolfgang Jörg, Dr. Dennis Maelzer, Nina Andrieshen und Lisa-Kristin Kapteinat (SPD)

100 Anrufe für einen Platz auf dem Sofa - Wie will die Landesregierung dem Notstand bei der Unterbringung schutzbedürftiger Minderjähriger begegnen?

Der Bürgermeister der Stadt Datteln hat auf einen Notstand bei der Unterbringung von schutzbedürftigen Minderjährigen hingewiesen und sich in einem Brief an den Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen gewandt. Darin beschreibt er die Situation folgendermaßen: Die Zahl der Minderjährigen, die sichere Schutzplätze brauchen, ist extrem angestiegen. In Nordrhein-Westfalen wurden laut IT.NRW im Jahr 2022 16.546 Kinder und Jugendliche in Obhut genommen. Für Nordrhein-Westfalen bedeutet das einen Anstieg von 35,7 Prozent zum Vorjahr. Ein großer Teil der Schutzmaßnahmen war aufgrund einer unbegleiteten Einreise von minderjährigen Personen aus dem Ausland notwendig. Hier verzeichnet Nordrhein-Westfalen einen Anstieg um 162,2 Prozent im Gegensatz zum Vorjahr. Besonders die Unterbringung der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten bedeutet, kurzfristig Lösungen zu finden. Seit Jahren ist die Kinder- und Jugendhilfe durch verschiedene Krisen gefordert worden. Gesellschaftliche Herausforderungen wie die Flüchtlingskrise, die Corona-Pandemie und der Ukraine-Krieg hatten massive Auswirkungen auf die Kinder- und Jugendhilfe. Zusätzlich muss der Fachkräftemangel in der Freien und Öffentlichen Jugendhilfe als akute Krise bewertet werden, da es immer schwieriger, mithin sogar nahezu unmöglich wird, Kindern, Jugendlichen und Familien die passende Unterstützung oder sogar notwendige Hilfe anzubieten.

Besonders die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen führt mittlerweile zu einem Notstand. Die Unterbringung von bedrohten Kindern und Jugendlichen setzt ein ausreichendes Angebot an Einrichtungen voraus. Das fehlt. Die Unterbringung eines Kindes oder eines Jugendlichen wird zur „groß angelegten Suchaktion“. Das Jugendamt der Stadt Datteln beispielsweise musste mehr als 100 Einrichtungen anfragen, um eine entsprechende Schutzstelle zu finden. Auf die Bedürfnisse der Einzelnen kann dabei kaum eingegangen werden. Dann müsse hingenommen werden, dass sie sich vorübergehend mit einem Sofaschlafplatz begnügen müssen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Plant die Landesregierung ein Förderprogramm für den Bau und die Infrastruktur zusätzlicher Plätze? (Bitte nach Jugendamtsbezirken ausweisen.)
2. Wurden aufgrund fehlenden Personals bereits Gruppen und Plätze in bereits bestehenden Einrichtungen reduziert oder aufgegeben? (Bitte die Einrichtungen benennen.)

Datum des Originals: 10.11.2023/Ausgegeben: 10.11.2023

3. Gibt es ein zentrales Freiplatzmelderegister, auf das die Jugendämter direkten Zugriff haben?
4. Wenn nicht, ist die Landesregierung bereit ein zentrales landesweites Freiplatzmelderegister einzurichten?
5. Wie steht die Landesregierung zu der Forderung des Dattelner Bürgermeister zu einer landesweiten Jugendhilfeplanung zum Aufbau bzw. zur Steuerung von fachlich geeigneten Konzepten für Inobhutnahmen?

Wolfgang Jörg
Dr. Dennis Maelzer
Nina Andrieshen
Lisa-Kristin Kapteinat